

„Gutes Verhältnis zu Deutschland“

Wie sieht man in Rußland das Säbelrasseln der NATO?
Der russische Politiker und Direktor des Zentrums für
aktuelle Politik, Andrej Tatarinow, im ZUERST!-Gespräch



Foto: Privat

Andrej Tatarinow, geboren 1988 in Rußland, ist seit 2013 Direktor des in Moskau ansässigen „Zentrums für aktuelle Politik“. Er studierte Journalismus in Moskau. In den späten 2000er Jahren gehörte Tatarinow zum Führungszirkel der Jugendorganisation „Junge Garde“ der russischen Regierungspartei „Vereintes Rußland“. Tatarinow zählt zu Rußlands bekanntesten Gegnern von Homosexuellenparaden. Der russische Politiker organisierte Unterstützungskampagnen für Präsident Wladimir Putin und gehört zu Rußlands renommiertesten Kommentatoren. Tatarinow ist verheiratet und hat ein Kind.

Herr Tatarinow, Sie sind erfahren in der russischen Politik. Wie besorgt sind Sie angesichts der aktuellen NATO-Truppenaufmärsche in Osteuropa? Sieht Rußland diese Manöver und Machtdemonstrationen als Gefahr – oder mehr als propagandistische „Angeberei“ des Westens?

Tatarinow: Am Ende des Kalten Krieges versprochen US-amerikanische Amtsträger dem damaligen sowjetischen Staatsoberhaupt Michail Gorbatschow, daß die NATO nicht nach Osteuropa expandieren werde, wenn der Warschauer Pakt einmal aufgelöst sei. Washington hat sein Versprechen gebrochen und statt dessen die NATO in den 1990er und 2000er Jahren dazu ermutigt, näher an die russische Grenze vorzurücken. Schließlich dehnte sich die NATO sogar auf vormals sowjetisches Gebiet aus, als sie die drei baltischen Staaten als Mitglieder aufnahm und die Mitgliedschaft der Ukraine zumindest in Betracht zog. Man muß den größeren Kontext sehen, mit dem sich Moskau derzeit beschäftigen muß. Dazu gehört nicht nur die NATO-Expansion trotz der Proteste aus dem Kreml, sondern hierzu zählen auch das aggressive Auftreten des Bündnisses in internationalen Konflikten – von Jugoslawien bis Libyen – und die Stationierung von US-Raketen in Osteuropa. Aber natürlich ergreift Rußland die nötigen Schritte, um seine Souveränität zu schützen und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Rußland reagierte sehr gelassen auf die Militärmanöver an seiner Grenze, während NATO- und EU-Sprecher beinahe hysterisch wurden, als zum Beispiel russische Schiffe die Ostsee durchfuhren oder russische Truppen Militärübungen nahe der ukrainischen Grenze durchführten. Warum fallen die Reaktionen so unterschiedlich aus?

Tatarinow: Washington und seine Verbündeten wollen mit ihrer anti-russischen Medienkampagne mehrere Ziele

erreichen. Erstens dient das Feindbild Rußland dazu, daß das Militärbündnis erhalten bleibt und weiter zusammenrückt. Ohne diese vermeintliche von Rußland ausgehende Gefahr für Europa brauchte es ja keine NATO. Letztendlich soll damit die US-amerikanische Vorherrschaft in Europa erhalten werden. Zweitens profitiert der militärisch-industrielle Komplex in den Vereinigten Staaten von zusätzlichen Rüstungsaufträgen aus den NATO-Staaten. Das sind die beiden Hauptgründe für die lächerlichen Vorwürfe westlicher Medien und Militärs und die Aufrüstung gegen die sogenannte „russische Bedrohung“. Natürlich reagiert Rußland nicht in ähnlicher Weise auf die russophobe Kampagne des Westens. Moskaus Reaktion ist wohlüberlegt und pragmatisch orientiert. Rußland hat ein natürliches Interesse daran, mit einem freien und stabilen Europa zusammenzuarbeiten, das seine Souveränität zu verteidigen weiß und nicht nur den Steigbügelhalter für Washington und dessen Interessen bilden will.

Die Russophobie, die Sie ansprechen, ist dieser Tage in der europäischen Politik und in den Medien allgegenwärtig: Moskau gilt als eine der größten Gefahren für Europa, besonders für die EU. Wie stehen die Russen tatsächlich zu Europa?

Tatarinow: Rußland sieht sich selbst als Teil von Europa. Die russische Kultur ist tief verflochten mit der europäischen Kultur. Der Schriftsteller Iwan Turgenew verbrachte viele Jahre in Frankreich, Nikolai Gogol in Italien, und sogar den dem Westen eher kritisch gegenüberstehenden Dostojewski verschlug es öfter nach Baden-Baden. Die reine Vorstellung, Rußland könnte ein Feind Europas sein, liegt den meisten russischen Bürgern vollkommen fern. Tatsächlich hat die russische Sprache kein Wort, um anti-europäische Ressentiments auszudrücken, wie es zum Beispiel das Wort „Russophobie“ für anti-russische Vorurteile tut. Rußland würde es sehr begrüßen, wenn die europäischen Staaten für sich selbst entscheiden könnten, was in ihren nationalen Interessen liegt und wie sie ihre Außenpolitik gestalten wollen, ohne auf Instruktionen und Vorschläge von Freunden aus Übersee achten zu müssen.

Ende Februar ging in Deutschland die Meldung um, daß russische Soldaten den Orts- und Häuserkampf bald anhand eines Nachbaus des Berliner Reichstages üben könnten. Mainstream-Medien nehmen das als „Beweis“ für die „aggressive Haltung Moskaus gegenüber Deutschland“. Was hat es damit auf sich?

Tatarinow: Diese Vorwürfe einer „aggressiven Haltung“ kann man nicht ernst nehmen. Es handelt sich um den Plan, in einem Militärfreizeitpark für Jugendliche die Originalschauplätze unserer Kriege nachzustellen. Es geht dort nicht allein um den Reichstag, auch wenn die deutsche Presse das vielleicht so darstellt. Wenn es um die Moskauer Haltung gegenüber Deutschland geht, sollte man nicht vergessen: Von Moskau ging in den späten 1980er Jahren die Initiative zur Wiedervereinigung Deutschlands aus, und im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten hat Rußland sämtliche Truppen aus Deutschland zurückgezogen und alle Militärstützpunkte dort geschlossen. Zu Beginn des neuen Jahrtausends versuchte Moskau eine großangelegte Partnerschaft mit Berlin aufzubauen. Es ist wohlbekannt, daß der russische Präsident Wladimir Putin jahrelang in der DDR gearbeitet hat, fließend Deutsch spricht und für die deutsche Kultur und das deutsche Volk tiefen Respekt empfindet. Nichts liegt daher näher als ein gutes Verhältnis zu Berlin. Einer der Höhepunkte der beidseitigen Beziehungen war die gemeinsame Weigerung von Moskau, Berlin und Paris, an dem unverantwortlichen US-Angriff gegen den Irak 2003 teilzunehmen. Unglücklicherweise hat sich die Nachfolgerin des rußland-

freundlichen Kanzlers Gerhard Schröder, Angela Merkel, dazu entschieden, den damals eingeschlagenen Weg nicht weiterzuverfolgen. Seitdem ist an russisch-deutsche Zusammenarbeit nicht zu denken. Merkel folgt seit dieser Zeit vielmehr den Anordnungen Washingtons und verhängte politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Rußland. Außerdem hat sie es zugelassen, daß die russophobe Kampagne in ganz Europa Anklang findet.

„Der Informationskrieg geht von den Vereinigten Staaten aus und richtet sich sowohl gegen Rußland als auch gegen die europäischen Staaten.“

Abgesehen von den militärischen Aktivitäten der NATO in Europa ist es zwischen der EU und Rußland zu einem regelrechten „Informationskrieg“ gekommen. Brüssel macht Rußland für die Verbreitung von „Fake-News“ innerhalb Europas verantwortlich und hat als Gegenmaßnahme sogar eine eigene Eingreiftruppe, die Stratcom East-Task Force, gegründet, mit der der „russischen Desinformationskampagne“ entgegengetreten werden soll. Einige EU-Politiker fordern sogar Sanktionen gegen russische Medien. Wie werden diese Vorgänge in Rußland wahrgenommen?

Tatarinow: Der Informationskrieg geht von den Vereinigten Staaten aus und richtet sich sowohl gegen Rußland als auch gegen die europäischen Staaten. Das Ziel dieses Krieges ist die Sicherstellung der US-amerikanischen Dominanz in Europa. Als der damalige US-Präsident Barack Obama nach London kam und offen für ein Nein beim Brexit-Votum warb, wurde das von den europäischen Regierungen *nicht* als Einmischung in innerstaatliche Vorgänge angesehen. Doch es war genau das, ein Eingriff in die innenpolitischen Angelegenheiten von Großbritannien. Als Washington Europa zwang, gegen Rußland Sanktionen zu verhängen, wurde das *nicht* als Einmischung in innerstaatliche Vorgänge wahrgenommen, obwohl die Sanktionen mehr den Europäern schaden als uns Russen. Wenn die europäischen Massenmedien die Kanäle mit kruder amerikanischer Propaganda fluten, wird das *nicht* als Eingriff in die innerstaatlichen Vorgänge wahrgenommen. Russische Medien wie *Russia Today* und *Sputnik* bieten eine alternative, US-unabhängige und objektivere Sicht auf die aktuellen Geschehnisse, gelten aber als „russische Propaganda“. Egal ob die westliche Führungsriege das zugeben mag oder nicht, aber dieses Konstrukt hat etwas Orwellsches. Jegliche Berichte, die nicht in das Programm

Kanadische Luftwaffensoldaten besteigen Militärfieger zur Verlegung nach Osteuropa für die NATO-Stationierung: „Moskaus Reaktion ist wohlüberlegt und pragmatisch.“



Foto: NATO

der pro-amerikanischen liberalen Elite passen, werden als „Fake-News“ bezeichnet und als russische Propaganda gescholten. So sieht Zensur im 21. Jahrhundert aus.

Europäische Mainstream-Medien und die politische Führung machen Rußland zudem verantwortlich dafür, Öl ins Feuer der europäischen Konflikte zu gießen. Dazu gehören beispielsweise die „Flüchtlings“-Krise, die steigende Terrorgefahr und die Spannungen innerhalb Europas aufgrund der finanziellen Probleme mit der Euro-Währung. So heißt es, Moskau würde versuchen, Vorteile aus der europäischen Uneinigkeit zu ziehen. Was sagen Sie zu diesen Vorwürfen?

Tatarinow: Die aktuelle Krise der Europäischen Union ist ganz selbstverschuldet. Rußland hat keine Migranten dazu ermutigt, sich aus dem Nahen Osten und Afrika nach Europa aufzumachen. Es war die deutsche Regierung, die sie eingeladen hat. Genaugenommen hat sie nicht nur die Einladungen ausgesprochen, sondern auch skeptische EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa bedrängt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Zunehmender Terrorismus ist die direkte Folge der verantwortungslosen Einwanderungspolitik, die Brüssel schon seit Jahren verfolgt. Die Finanzkrise der Euro-Zone ist das Ergebnis einer übereilten und planlosen Erweiterung der Europäischen Union und rührt von der wirtschaftlichen Ungleichheit der einzelnen Volkswirtschaften her. Natürlich weiß die EU-Führungsriege um ihr eigenes Versagen, aber Rußland dafür verantwortlich zu machen, schien zumindest eine Zeitlang eine vielversprechende Lösung.

In Europa bekommen die euroskeptischen Parteien und Bewegungen immer mehr Zuspruch aus der Bevölkerung. 2017 wird ein sehr wichtiges Wahljahr



Foto: Tobias Koch – OTRS / CC BY-SA 3.0 de (bearbeitet)

– allem voran die Präsidentschaftswahl in Frankreich und die Bundestagswahl in Deutschland. Vor allem deutsche Mainstream-Medien warnen vor möglichen Eingriffen der Russen zugunsten der Euroskeptiker. Wie wahrscheinlich ist das?

Tatarinow: Die steigende Zustimmung, die euroskeptische Parteien und Bewegungen in der Bevölkerung des ganzen Kontinents finden, ist das Resultat der inkompetenten und zerstörerischen Politik der EU-Führer und der Eurobürokratie. Die Wählerschaft hat einfach genug davon. Die britischen Bürger haben nicht aufgrund russischer Einmischung oder Propaganda dafür gestimmt, die EU zu verlassen. Sie haben für den Brexit gestimmt, weil sie von der Flüchtlingskrise schockiert waren und fürchteten, daß noch mehr Terrorismus und Ausländerkriminalität das Vereinigte Königreich erreichen könnten. Sie stimmten für Ja zum Ausstieg, weil sie genug von Gerichtshöfen und Bürokraten hatten, die ihnen vorschrieben, wie sie ihr

Bundeskanzlerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag: „Es war die deutsche Regierung, die die Migranten eingeladen hat.“

Leben zu führen hätten. Eine steigende Anzahl von Menschen in ganz Europa, einschließlich Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande, nimmt das so wahr. Rußland dafür verantwortlich zu machen, erfüllt zwei Ziele: die Aufmerksamkeit der Wähler von den heimischen Problemen abzulenken und die euroskeptischen Bewegungen mit haltlosen Vorwürfen zu diskreditieren. So sollen die eigenen Chancen in den nächsten Wahlkämpfen gesteigert werden.

„Die britischen Bürger haben nicht aufgrund russischer Einmischung oder Propaganda dafür gestimmt, die EU zu verlassen.“

Zum Waffenarsenal der sogenannten „Soft Power“ in der Konfrontation mit Moskau gehört auch das Schwert der

Illegale Migranten aus Afrika auf dem Mittelmeer: „Rußland hat keine Migranten dazu ermutigt, sich nach Europa aufzumachen.“



Foto: Italian Navy/Massimo Sestini

„Menschenrechte“: Zahlreiche europäische Organisationen und EU-Institutionen werfen Rußland die Verletzung von Menschenrechten vor. Besonders oft werden dabei die Rechte von Schwulen und Lesben in der Russischen Föderation herausgehoben. Wie interpretieren Sie diese Vorgänge?

Tatarinow: Es gibt ein offensichtliches Problem mit der ultraliberalen Agenda, die die EU-Eliten ihren eigenen und fremden Staaten aufdrücken wollen. Der Streit um die LGBT-Thematik [Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender: Abkürzung für die Homosexuellen-Bewegung, d. Red.] wird von Brüssel künstlich forciert und traditionellen europäischen Gesellschaften aufgezwungen, genauso wie Rußland. Vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg gefällte Urteile haben berechtigten Protest in ganz Europa erregt. EU-Institutionen können es nicht lassen, andere Regierungen zu kritisieren, dabei finanzieren sie direkt LGBT-Organisationen in Rußland. Bürger traditioneller Gesellschaften wollen keine Schwulen-Paraden sehen, sie wollen keine gleichgeschlechtlichen Ehen und LGBT-Propaganda. Die Nachdrücklichkeit, mit der die EU sie aber dazu zwingen möchte, vertieft nur die Abneigung gegenüber Brüssel und Straßburg. Des weiteren läßt sich erkennen, daß bei Rußland in bezug auf die Menschenrechtslage ein anderes Maß angesetzt wird als bei anderen Ländern. Der erwähnte Europäische Gerichtshof für Menschenrechte trifft ständig Urteile, die gegen Rußland gerichtet sind, um damit die krenlfeindlichen Oppositionsbewegungen zu stärken. Zudem wird die Opposition finanziell unterstützt, während gleichzeitig massive Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine ignoriert werden. Für die europäischen Eliten sind die Rechte von russischen Oppositionspolitikern und LGBT-Aktivisten anscheinend wichtiger als die Rechte der Tausende Ukrainer, die durch Kiews Krieg getötet, verwundet oder obdachlos wurden. Ein Krieg, der mit offener Unterstützung Washingtons und Brüssels geführt wird.

„Die anti-russische Hysterie soll Europa hinter Washington vereinen.“

Weder Europa noch Rußland profitieren von dieser Konfrontationspolitik. Wem nutzt sie dann?

Tatarinow: Die Vereinigten Staaten gebrauchen diesen Konflikt zu ihrem Vorteil, schließlich zwingen sie ihn Europa



Homosexuellen-Aktivisten protestieren vor der russischen Botschaft in London: „Es gibt ein offensichtliches Problem mit der ultraliberalen Agenda.“

Anti-russischer Protest in der Ukraine: „Die Vereinigten Staaten gebrauchen diesen Konflikt zu ihrem Vorteil.“



und Rußland ja auch auf. Wie zuvor schon gesagt, die anti-russische Hysterie soll Europa hinter Washington vereinen. In diesem Weltbild stehen die USA als Anführer der „Freien Welt“ und stellen die ultimative Bastion gegen das Feindbild Rußland dar. Mit dem Zwang zu den Sanktionen gegen Moskau schaden die europäischen Staaten nicht nur ihrer eigenen Wirtschaft, sie steigern auch ihre Abhängigkeit von Washington.

Wie wahrscheinlich ist eine Kehrtwende in den politischen Beziehungen zwischen der EU und Rußland? Sehen Sie eine Chance für eine schnelle Normalisierung?

Tatarinow: Zu einer Wende wird es kommen, wenn die europäischen Staaten ihren eigenen nationalen Interessen und denen ihrer Bürger nachgehen und nicht den Wünschen einer ultraliberalen Elite, transnationaler Unternehmen oder des amerikanischen Wirtschafts- und Politikestablishments. Sowohl Russen wie auch Europäer sehnen sich nach einer friedlichen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Belangen. Und wir müssen zusammenarbeiten, um diesen zerstörerischen Konflikt zu beenden. Herr Tatarinow, vielen Dank für das Gespräch.